

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 61	S0255/16	21.11.2016
zum/zur		
A0102/16 SPD-Fraktion, Fraktion CDU/FDP/BfM		
Bezeichnung		
Parken Südliches Stadtzentrum (Planckstraße/Harnackstraße)		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		29.11.2016
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr		19.01.2017
Stadtrat		26.01.2017

Zu dem in der Sitzung des Stadtrates am 15.09.2016 gestellten Antrag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Varianten vorzulegen, wie die Parksituation im südlichen Stadtzentrum im Bereich Planckstraße / Harnackstraße verbessert werden kann. Dabei sind auch die Umwandlung des Tarifgebietes in diesem Bereich und Änderungen der Konditionen am Parkplatz Sternbrücke zu prüfen.

nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Der mit dem Antrag umschriebene Bereich „südliches Stadtzentrum im Bereich Planckstraße / Harnackstraße“ fokussiert auf das gründerzeitlich geprägte Stadtquartier, welches mit der Bewohnerparkzone Nr. 17 gesamtheitlich abgedeckt wird.

Für eine Nach- bzw. Neujustierung der Rahmenbedingungen für den Ruhenden Verkehr auf öffentlichen Straßen und Flächen bieten sich für das südliche Stadtzentrum - insbesondere im Umfeld der Planckstraße und Harnackstraße - nach eingehender Untersuchung nachfolgende Varianten an. Hierbei betrachtete die Verwaltung aufgrund des Sachzusammenhangs alle Straßen, die innerhalb der Bewohnerparkzone Nr. 17 liegen.

Eine Betrachtung des Umsetzungshorizonts sowie der finanziellen Dimension der einzelnen Maßnahmevorschläge war mit diesem Prüfauftrag nicht verbunden und wurde daher nicht vertiefend durchgeführt.

Variante 1

Weiterentwicklung der Stellplatzbewirtschaftung, Verbesserung für das Bewohnerparken

Ziel:

Stärken der Standortqualität für Bewohner des Quartiers insbesondere durch Zurückdrängen von quartiersfremden Kfz-Parkern und somit Erhöhung der Stellplatzkapazität für das Bewohnerparken

Maßnahmen:

Verbesserung der Rahmenbedingungen für das verkehrsrechtliche Instrument des Bewohnerparkens durch Ausweitung des Stellplatzangebotes für Inhaber von Bewohnerparkausweisen.
In den Straßenabschnitten

- Carl-Miller-Straße Nordseite
- Schellingstraße Südseite
- Sternstraße südöstl. Abschnitt auf Südseite sowie südwestl. Abschnitt auf Westseite
- Planckstraße beidseitig im Ostteil zwischen Kreisel und Schleinufer

Ändern der Parkraumbewirtschaftung von „Parken mit Parkschein“ in „Parken mit Parkschein / Bewohnerparken Zone Nr. 17“

Umsetzungshorizont: nach Abschluss von Untersuchungen realisierbar

Variante 2

Nachjustierung von Faktoren, welche die Stellplatznachfrage im südlichen Stadtzentrum, insbesondere innerhalb der Bewohnerparkzone Nr. 17, beeinflussen

Ziel:

Zurückdrängen von bzgl. der Bewohnerparkzone Nr. 17 „quartiersfremden Kfz-Parkern“ u.a. aus den nördlich und östlich angrenzenden Innenstadtquartieren hin zu stadtverträglicheren Stellplatzangeboten im Umfeld.

Variante 3

Erhöhung des Stellplatzangebotes exklusiv für Bewohner des Stadtquartiers

Ziel:

(bauliche) Schaffung von neuen öffentlichen Stellplätzen im südlichen Stadtzentrum, die mittels attraktiver Bewirtschaftungskosten eine Entlastung des öffentlichen Straßenraums von Parkdruck bewirken können.

Prüfung des Einsatzes von Fördermitteln – ggf. könnten mittelfristig geeignete Fördermittel mobilisierbar sein.

Maßnahmen:

3.1 Errichtung einer Anwohnersammelgarage auf dem brachliegenden Eckgrundstück Sternstraße / Geißlerstraße / Leibnitzstraße (Mobilitätszentrum mit Automatikparkhaus, Carsharing- sowie Bikesharing-Angebot)

3.2 Errichtung einer Anwohnersammelgarage auf brachgefallenen Grundstücken im Bereich der Straße „Am Sudenburger Tor“ / Hallische Straße

3.3 Errichtung von Parkpaletten / Anwohnersammelgaragen auf brachliegenden / teilw. ungenutzten / mindergenutzten Grundstücken der Deutschen Bahn entlang der Bahnhofstraße

Aufgrund z.Zt. nicht geklärter Flächenverfügbarkeit sowie unklarer Finanzierungsmöglichkeiten sind die Vorschläge nicht ohne Probleme sowie mit absehbar umfangreichen Abstimmungsbedarfen ggf. realisierbar. Darüber hinaus ist ein erheblicher Finanzbedarf absehbar.

Variante 4

Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes ermöglicht Entspannung der Parksituation im Stadtquartier

Ziel:

Reduzierung der Orientierung der Anwohner des südlichen Stadtzentrums auf die Benutzung des Pkw, daraus resultierend Senkung der Nachfrage nach Pkw-Stellplätzen im Straßenraum, insbesondere seitens der Anwohner

Maßnahmen:

Umsetzung eines Maßnahmen-Bündels zur Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes (Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Radverkehr, Fußverkehr)

4.1 Bei attraktiven Angeboten der o.g. drei Verkehrsarten lassen sich – so belegen es Beispiele in vielen europäischen Ländern - Rückgänge der spezifischen Pkw-Nutzung und somit auch des Parkdruckes in innerstädtischen Quartieren erzielen

4.2 Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Radverkehr mittels ganzheitlichem Ansatz, u.a. Installation von öffentlichen bzw. halböffentlichen einbruchssicheren und Wetterschutz bietenden Fahrradboxen auf öffentlichen Flächen

4.3 finanzielle Förderung von privaten Hauseigentümern zur baulichen Anlage von Radabstellmöglichkeiten auf privaten Grundstücken

4.4 attraktiver Zugang zu Angeboten des ÖPNV (insbesondere Herstellung durchgängiger Barrierefreiheit, zeitgemäßer Fahrgastinformation, Einführung eines Haltestellen- und Fahrzeugdesigns mit zeitgemäßem Wiedererkennungswert sowie hohem Gebrauchswert

4.5 Unterstützung eines engmaschigen Car Sharing- und Bike Sharing-Angebotes in zentralen Stadtteilen, so auch im südlichen Stadtzentrum; Einrichtung von Sharing-Stellplätzen auf öffentlichen Flächen, so auch im öffentlichen Straßenraum

4.6 bauliche Herstellung von durchgängig abgesenkten Borden an Knoten (Kreuzungen) und Querungsstellen; barrierefreier Ausbau / Erneuerung aller Gehwege

4.7 Verkehrsuntersuchung, Pilotvorhaben sowie ggf. Breitenanwendung einer ressourcensparsamen Mehrfachnutzung von Verkehrsanlagen („Kombilösungen“) flexible Zuordnung je nach Wochentag / Tageszeit / Einzelfall

Mit erheblichem Finanzierungsbedarf für die o.g. Handlungsfelder sind Realisierungsmöglichkeiten grundsätzlich gegeben, jedoch sind umfangreiche Untersuchungs-, Abstimmungs- sowie breitenwirksame Kommunikationsbedarfe absehbar.

Umsetzungshorizont: mittel- bis langfristige Realisierung

Fazit

Mit Blick auf eine zeitnahe Realisierungsmöglichkeit unter den gegebenen Rahmenbedingungen plädiert die Verwaltung in einem ersten Schritt für eine weitere Betrachtung der Variante 1.

Dr. Scheidemann
Beigeordneter für Stadtentwicklung
Bau und Verkehr